

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	21
A. Untersuchungsgegenstand	22
B. Ziel der Untersuchung	24
C. Anspruch der Arbeit	25
D. Gang der Untersuchung	27
1. Kapitel: Die gezielten Sanktionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Rahmen der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und bestimmter Einzelpersonen	31
A. Das Phänomen des internationalen Terrorismus – eine Begriffsbestimmung	32
I. Terrorismus, ein seit der Antike bekanntes Phänomen	32
II. Die Entwicklung von Staatsterrorismus zum „privaten“ Terrorismus	32
III. Der internationale Terrorismus heute	34
IV. Definition	36
1. Historischer Ursprung	36
2. Moderne Bedeutung	38
3. Die Definitionsbemühungen aus der Literatur	39
4. Die Definitionsbemühungen internationaler Organisationen	40
5. Zusammenfassung und Ergebnis	44
B. Die Sanktionspraxis des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Bereich der Individualsanktionen	45
I. Die Sanktionen aus der historischen Perspektive	45
1. Sanktionen gegen Staaten	45
2. Sanktionen gegen Individuen	46

II.	Die Sanktionenregime im Hinblick auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus	48
1.	IS- und Al-Qaida-Sanktionsregime	48
2.	Andere Sanktionen gegen Individuen im Rahmen der Terrorismusbekämpfung	51
3.	Gemeinsame Regelungen	52
III.	Zusammenfassung	53

2. Kapitel:	Universelles Völkerrecht, Regionales Völkerrecht, Unionsrecht und nationales Recht – Die Normstruktur des Mehrebenensystems	55
A.	Begriffsbestimmungen	59
I.	Was ist eine Norm?	59
II.	Was ist ein Normenkonflikt?	61
B.	Die Theorien zum Verhältnis verschiedener Rechtsebenen zueinander	62
I.	Zum Verhältnis des nationalen Rechts zum Völkerrecht	63
1.	Die dualistische Sichtweise	63
2.	Der Monismus	66
3.	Ein Sonderfall: die EU	68
4.	Würdigung	71
II.	Zum Verhältnis internationaler Teilrechtsregime zueinander	73
1.	Der Pluralismus	73
a)	Seine Rezeption in der Literatur	73
b)	Die Rechtsprechung des EuGH	77
c)	Ein Beispiel aus der US-amerikanischen Rechtsprechung: die Entscheidung des US Supreme Court vom 5.8.2008, <i>Medellin v. Texas</i>	78
d)	Ein Beispiel aus der britischen Rechtsprechung: die Entscheidung des UK Supreme Court vom 27. Januar 2010, <i>Ahmed and others v. HM Treasury</i>	79
e)	Fazit	80

2.	Der globale Konstitutionalismus	80
a)	Das Völkerrecht als einheitlicher Rechtskorpus?	80
b)	Die UN-Charta als Weltverfassung?	83
c)	Eine internationale Normenhierarchie mit <i>ius cogens</i> als Grundnorm?	85
d)	Kritik an der konstitutionalistischen Sichtweise	87
e)	Fazit	89
3.	Vermittelnde Ansichten	91
a)	Die Systemische Integration	91
b)	Die Harmonisierung des Völkerrechts	92
4.	Eine Würdigung der Debatte um das Verhältnis internationaler Teilrechtsebenen zueinander	93
C.	Die Methoden zur Lösung von Normkonflikten	95
I.	Die Konfliktvermeidungsregeln	96
1.	Die „ <i>Margin of appreciation</i> “-Doktrin des EGMR	97
2.	Die „Solange-Formeln“	99
a)	Die Rechtsprechung des BVerfG	99
b)	Die Rechtsprechung des EGMR – Die <i>equivalent-protection</i> -Formel	103
c)	Die Herausforderungen bei der Übertragung der <i>equivalent-protection</i> -Formel auf andere internationale Organisationen außerhalb Europas	109
d)	Die Rechtsprechung des EGMR und des BVerfG im Vergleich	112
3.	Fazit	113
4.	Konfliktvermeidung durch das „ <i>no direct effect</i> “-Tool	114
5.	Beispiele für die Konfliktvermeidung durch harmonisierende Auslegung	115
a)	Die Bundesrepublik Deutschland	118
b)	Die EMRK	119
c)	Die EU	124
d)	Ein Beispiel aus der kanadischen Rechtsprechung: die Entscheidung des Canadian Federal Court vom 4.6.2009, <i>Abdelrazik</i>	126

e)	Eine Würdigung der Konfliktvermeidung durch die harmonisierende Auslegung	127
aa)	Die Kritik an der Heterogenität dieses Ansatzes	127
bb)	Die Kritik an der Übertragung eines Grundsatzes aus dem Völkervertragsrecht auf abgeleitetes Völkerrecht	128
cc)	Fazit	130
II.	Konfliktlösung mittels Kollisionsnormen	131
1.	<i>Lex superior derogat legi inferiori</i>	132
a)	<i>Ius cogens</i>	133
b)	Art. 103 UN-Charta	137
aa)	Der Stufenbau im Völkerrecht	138
bb)	Die Betonung der Vorrangregel durch Art. 59 ILC DARS	142
cc)	Die Bedeutung und Reichweite des Art. 103 UN-Charta	145
dd)	Ein Beispiel aus der britischen Rechtsprechung: die Entscheidung des UK House of Lords vom 12.12.2007, <i>Al-Jedda</i>	147
ee)	Andere Konzepte	148
2.	<i>Lex specialis derogat legis generalis</i>	150
3.	<i>Lex posterior derogat legi priori</i>	151
4.	Fazit	152
D.	Internationale Gerichte als Entscheidungsorgane über Normkonflikte	153
E.	Der Sinn und Zweck der Kollisionsregeln	155
F.	Ergebnis und Ausblick	156
3. Kapitel:	Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und das Völkerrecht – Die Rolle des Sicherheitsrates im Gefüge des Völkerrechts	159
A.	Die Aufgaben und Funktionen des Sicherheitsrates	163
I.	Nach der historischen Konstruktion	163

II.	Im Lichte des modernen Verständnisses	166
1.	Ausweitung der Tatbestandsmerkmale des Art. 39 UN-Charta	168
2.	Ausweitung der Tatbestandsmerkmale des Art. 41 UN-Charta	169
3.	Legislative Tätigkeit	170
a)	Begründung	172
b)	Kritik	174
c)	Stellungnahme und Fazit	176
4.	„Quasi-judikative“ Tätigkeit	178
5.	Die Individualsanktionen im Bereich der Terrorismusbekämpfung	180
III.	Die Reform des Sicherheitsrates	182
B.	Die Grenzen des Handelns des Sicherheitsrates	183
I.	Der formelle Rahmen für das Handeln des Sicherheitsrates	184
II.	Der materielle Rahmen für das Handeln des Sicherheitsrates	185
1.	Rechtsstaatlichkeit als Begrenzung des Handelns des Sicherheitsrates	187
a)	Das Gebot der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler Ebene	189
b)	Die Übertragbarkeit des Gebotes der Rechtsstaatlichkeit auf das Völkerrecht und internationale Organisationen	190
c)	Das Gebot der Rechtsstaatlichkeit auf internationaler Ebene	192
aa)	Aus der europäischen Perspektive	192
bb)	Aus der Perspektive der Organe und Einrichtungen der Vereinten Nationen	193
cc)	Die Literaturauffassungen	195
dd)	Fazit	198
d)	Die Inhalte einer internationalen <i>Rule of Law</i>	198
1)	Die Vorschläge	199
aa)	Vorschläge internationaler Organe und internationaler Gerichte	199
bb)	Literaturauffassungen	201

2)	Formelle oder materielle <i>Rule of Law</i> ?	202
3)	Fazit	204
2.	Internationale Grund- und Menschenrechte als Begrenzung des Handelns des Sicherheitsrates	205
a)	Aus dem Bestand des <i>ius cogens</i>	209
1)	Die Begründung der Bindung	209
2)	Die Reichweite der Bindung	211
aa)	In Analogie zu den notstandsfesten Rechten	212
bb)	Grundlegende Rechte zur Gewährleistung der menschlichen Existenz	217
cc)	Fazit	218
b)	Aus der UN-Charta	218
1)	Die Begründung einer Bindung	220
2)	Inhalt und Reichweite der mensenrechtlichen Gewährleistungen	222
c)	Aus dem allgemeinen Völkergewohnheitsrecht	224
1)	Die Bindung an das bestehende Völkergewohnheitsrecht	224
2)	Der Sicherheitsrat als Schöpfer von Völkergewohnheitsrecht	226
3)	Zwischenergebnis	228
4)	Inhalt und Reichweite der mensenrechtlichen Gewährleistungen	228
d)	Gesamtergebnis zur Bindung des Sicherheitsrates an die internationalen Menschenrechte	230
3.	Das Verhältnismäßigkeitsprinzip als Begrenzung der Kompetenzen des Sicherheitsrates	231
a)	Das Verhältnismäßigkeitsprinzip im Völkerrecht	231
b)	Die Bindung des Sicherheitsrates an das Verhältnismäßigkeitsprinzip	234
1)	Der Wortlaut der UN-Charta	234
2)	Das historische Argument	236
3)	Das systematische Argument	238
4)	Ergebnis	239

c)	Die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsprinzips auf der Ebene des Völkerrechts	239
1)	Im Bereich des humanitären Völkerrechts	239
2)	Im Bereich des Rechts der Gegenmaßnahmen ...	240
3)	Übertragbarkeit dieser Grundsätze auf die Individualstrafmaßnahmen des Sicherheitsrates?	243
d)	Die Verhältnismäßigkeit der Individualstrafmaßnahmen des Sicherheitsrates	244
1)	Die Methode	244
2)	Die Maßstäbe	247
3)	Fazit	248
4.	Die Rechtsfolge einer Verletzung der völkerrechtlichen Grenzen durch den Sicherheitsrat	250
5.	Ergebnis	251
C.	Die Verantwortlichkeit für die Maßnahmen des Sicherheitsrates im Bereich der Terrorismusbekämpfung	252
I.	Vorfrage: Das Verhältnis des Rechts der Verantwortlichkeit zum Friedenssicherungsrecht des Kapitel VII UN-Charta	252
II.	Die Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen	254
1.	Die Voraussetzungen ihrer Verantwortlichkeit	254
2.	Das Recht der Verantwortlichkeit internationaler Organisationen	256
3.	Die Verantwortlichkeit des Sicherheitsrates	257
4.	Fazit	258
III.	Die Verantwortlichkeit der ausführenden Mitgliedstaaten	259
1.	Die menschenrechtlichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten	260
2.	Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten	260
a)	Zurechnung	261
1)	Im Regime der direkten Sanktionen	261
2)	Im Regime der indirekten Sanktionen	263
b)	Rechtsfolgen	264
1)	Bei allen Sanktionsregimen	264
2)	Bei den indirekten Sanktionsregimen	266
c)	Fazit	267

D. Die Kontrolle des Handelns des Sicherheitsrates	267
I. Im Wege der Selbstkontrolle	268
II. Durch die Generalversammlung	269
III. Durch den IGH oder andere internationale Gerichte und Einrichtungen	270
IV. Durch die Mitgliedstaaten	273
E. Ergebnis	275

4. Kapitel: Der Schutz der Verfahrensrechte der von den Individualsanktionen betroffenen Personen durch die EMRK

A. Das Verhältnis der EMRK zu anderen internationalen Regimen und die Zuständigkeit des EGMR	277
I. Die Rechtsprechung des EGMR	279
1. Die Entwicklung der <i>equivalent-protection</i> -Formel zugunsten der EU	280
a) Die Zuständigkeit des EGMR bei Rechtsakten der EU ohne Umsetzungsspielraum für die Mitgliedstaaten	282
1) Die Rechtsprechung des EGMR	282
2) Fazit	287
b) Die Zuständigkeit des EGMR bei Rechtsakten der EU mit Umsetzungsspielraum für die Mitgliedstaaten	287
2. Die Rechtsprechung, die die Formel auf andere europäische und internationale Organisationen überträgt	289
a) Andere europäische Organisationen	289
b) Andere internationale Organisationen	290
c) Die Sonderfälle vor dem Hintergrund der Immunität internationaler Organisationen vor nationalen Gerichten	291
3. Die Rechtsprechung in Bezug auf die Vereinten Nationen ...	292
a) Der Einsatz von Missionen der Vereinten Nationen	292
b) Entscheidungen der Gerichte der Vereinten Nationen	294

c)	Entscheidungen zum Sanktionsregime des Sicherheitsrates in Bezug auf Individuen	295
1)	Die Entscheidung der Großen Kammer in der Sache <i>Nada</i>	295
aa)	Zur Zuständigkeit des EGMR gem. Art. 1 EMRK	296
bb)	Zum Verhältnis der EMRK zu den Resolutionen des Sicherheitsrates	297
cc)	Kritische Bewertung	299
2)	Die Entscheidung der Kammer in der Sache <i>Al-Dulimi</i>	302
aa)	Zur Zuständigkeit des EGMR aus Art. 1 EMRK	303
bb)	Das Verhältnis der EMRK zu den Resolutionen des Sicherheitsrates	304
cc)	Kritische Bewertung	305
3)	Die Entscheidung der Großen Kammer in der Sache <i>Al-Dulimi</i>	307
aa)	Zur Zuständigkeit des EGMR gem. Art. 1 EMRK	307
bb)	Das Verhältnis der EMRK zu den Resolutionen des Sicherheitsrates	308
cc)	Kritische Bewertung des Urteils	312
	(1) Die harmonische Auslegung der Pflichten der Schweiz	313
	(2) Die Abwägung der Verpflichtungen	316
	(3) Die EMRK, eine europäische Verfassung?	320
	(4) Das Verhältnis der EMRK zu anderen internationalen Regimen	321
4.	Die Rechtsprechung des EGMR in Bezug auf die Individualsanktionen	323
5.	Eine zusammenfassende Bewertung der Rechtsprechung des EGMR zu den Individualsanktionen des Sicherheitsrates	324
6.	Ausblick	328

II. Die Konstruktion einer Zuständigkeit der regionalen und nationalen Gerichte aus dem Subsidiaritätsprinzip	329
1. Das Fehlen des Rechtsschutzes auf der internationalen Ebene	329
2. Das Fehlen einer überzeugenden Lösung des EGMR	331
3. Begründung und Inhalt	332
a) Transparenz und Fairness	333
b) Effektivität	335
4. Herleitung	337
a) Zum historischen Hintergrund	338
b) Das Subsidiaritätsprinzip im nationalen Recht, am Beispiel Deutschlands	339
c) Das Subsidiaritätsprinzip im Unionsrecht	340
d) Das Subsidiaritätsprinzip im EMRK-Recht	341
e) Das Subsidiaritätsprinzip im Völkerrecht	343
1) Materielle Subsidiarität	343
2) Formelle Subsidiarität	345
aa) <i>Local remedies rule</i>	345
bb) <i>Lis alibi pendens</i>	346
cc) Untätigkeit oder Unfähigkeit der nationalen Gerichte	347
dd) Fazit	347
f) Zwischenergebnis	347
g) Das Subsidiaritätsprinzip im Recht der Vereinten Nationen	348
1) Im Hinblick auf exekutive und legislative Funktionen	349
2) Im Hinblick auf judikative Funktionen	352
3) Diskussion	355
aa) Die Einwände	355
bb) Die Argumente für die formelle Subsidiarität	359
dd) Ergebnis	361

5. Ein Lösungsweg für das System der EMRK und die Mitgliedstaaten der EMRK basierend auf dem Subsidiaritätsgedanken	363
a) Harmonische Auslegung	364
b) Vermutung zugunsten der Rechtsakte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen	365
c) <i>Equivalent protection</i>	365
d) Sonstige Zuständigkeit des EGMR und der nationalen Gerichte	367
6. Die Konsequenzen der Anwendung des Subsidiaritätsgrundsatzes für die Mitgliedstaaten der EMRK	368
7. Zusammenfassung	371
B. Die prozeduralen Gewährleistungen der EMRK im Kontext der Individualsanktionen des Sicherheitsrates	374
I. Art. 6 EMRK – Das Recht auf ein faires Verfahren	374
1. Der Gewährleistungsbereich im Einzelnen	375
a) Im zivilrechtlichen Verfahren	375
1) Der Anwendungsbereich für zivilrechtliche Streitigkeiten	375
2) Die in zivilrechtlichen Streitigkeiten gewährten Garantien	376
b) Im Strafverfahren	377
1) Der Anwendungsbereich für strafrechtliche Verfahren	377
2) Die in strafrechtlichen Verfahren gewährten Garantien	379
3) Die extraterritoriale Wirkung des Art. 6 EMRK	380
c) Diskussion	382
1) Einordnung der Maßnahme nach nationalem Recht	384
2) Die Natur des Vergehens	385
3) Die Art und Schwere der Strafe	387
4) Ergebnis	388

2.	Schranken	389
3.	Ergebnis	391
II.	Art. 13 EMRK	392
1.	Der Anwendungs- und Gewährleistungsbereich	392
2.	Diskussion	394
III.	Die Abwägung der Beschränkung der prozessualen Rechte mit den völkerrechtlichen Pflichten der Mitgliedstaaten der EMRK aus der UN-Charta	395
IV.	Die EMRK im Kontext des Völkerrechts	397
1.	Die Situation der Betroffenen	397
2.	Die Rechtsschutzmöglichkeiten auf einen Blick	397
3.	Die internationalen Verfahrensgarantien	398
C.	Schluss und Ausblick	400
	Zusammenfassung	403
	Literaturverzeichnis	407